

Nichts Genaues weiß man nicht

Regierung hat offenbar wenig Erkenntnisse über Spähvorwürfe. Pofalla liefert sich im NSA-Ausschuss Wortgefechte

Die Bundesregierung hat bislang offenbar wenig Erkenntnisse über die jüngsten Enthüllungen zu den Spionageaktivitäten des US-Geheimdienstes NSA in Deutschland. "Das Fazit dieser Sitzung ist für mich: Nichts Genaues weiß man nicht", sagte der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele nach einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages (PKGr). Die Bundesregierung bemühe sich aber seinem Eindruck nach, "Erkenntnisse zusammenzutragen".

Zuvor hatte der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, Klaus-Dieter Fritsche, dem PKGr in einer rund einstündigen Sondersitzung über ihren Informationsstand zu Berichten der Enthüllungsplattform Wikileaks über US-Spionage in Deutschland berichtet. Die offenbar einzige Erkenntnis, die Fritsche dem für die Kontrolle der deutschen Nachrichtendienste zuständigen Gremium mitteilen konnte, war nach den Worten des PKGr-Vorsitzenden André Hahn (Linke), dass es nach dem jetzigen Kenntnisstand "keinerlei Involvierung des Bundesnachrichtendienstes" in die nun bekannt gewordenen Lauschaktivitäten gibt.

Wikileaks zufolge hörte die NSA 69 Telefonanschlüsse von deutschen Regierungsmitgliedern und deren Mitarbeitern ab. Unter den Spionagezielen waren demnach die Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen und Landwirtschaft. Außerdem stellte Wikileaks Dokumente über angeblich aufgezeichnete Telefonate von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ins Internet.

Am Donnerstagabend wurde stundenlang Ronald Pofalla vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags befragt. Der ehemalige Kanzleramtschef sagte aus, er habe viele Details über das Ausmaß der Datenspionage nicht gekannt. Mehrere Ausschussmitglieder fragten nach, warum Pofalla 2013 ein No-Spy-Abkommen mit den Amerika-

nern angekündigt habe, obwohl das von der US-Regierung gar nicht in Aussicht gestellt worden war. Der damaligen Regierung war deshalb vorgeworfen worden, dies aus Wahlkampfgründen angekündigt zu haben, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Pofalla wies dies zurück.

Im Mai hatten Medien über interne E-Mails von Verhandlungen vom Juli 2013 berichtet. Aus diesen geht demnach hervor, dass es vonseiten der US-Regierung nie eine konkrete Zusage zu einem No-Spy-Abkommen gegeben habe.

Fehler will Pofalla nicht gemacht haben. Weder habe er im August 2013 die NSA-Spähaffäre für beendet erklärt, noch habe er falsche Angaben gemacht, sagte der heutige Lobbyist im Dienste der Deutschen Bahn vor dem Ausschuss.

Seine damaligen öffentlichen Äußerungen seien vorsichtig abgewogen worden, da sie die Zusammenarbeit der Geheimdienste betroffen hätten. So habe er lediglich gesagt, dass der Verdacht der massenhaften Ausspähung durch den US-Geheimdienst "vom Tisch" sei. Pofalla wehrte sich auch gegen den Vorwurf, er habe die Öffentlichkeit 2013 vor der Bundestagswahl irreführend über den möglichen Abschluss eines No-Spy-Abkommens mit den USA informiert. Zitiert werde immer nur der einzige Satz: "Die US-Seite hat uns den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten." Diese Aussage habe im August 2013 der Wahrheit entsprochen, sich aber niemals auf die US-Regierung, sondern auf die NSA bezogen. Dies sei auch in seinen öffentlichen Äußerungen deutlich geworden, sagte Pofalla. Zudem habe es von der NSA ein Angebot gegeben, und Verhandlungen über eine Abmachung seien begonnen worden. "Wie hätte man denn in Verhandlungen eintreten können, wenn es kein Angebot gegeben hätte?", fügte Pofalla hinzu. Noch kurz vor Ende seiner Amtszeit im Dezember 2013 sei ihm der Abschluss

eines solchen Abkommens "in greifbarer Reichweite" erschienen.

Die Befragung artete oft in Wortgefechte aus. "Wenn Sie den Ton etwas verändern, bekommen Sie von mir auch vernünftige Antworten", sagte Pofalla zur Linke-Obfrau Martina Renner. "Im Gegensatz zu Ihnen habe ich 20-jährige Anwaltserfahrung", erwiderte er dem SPD-Obmann und Juristen Christian Flisek. Dieser warf Pofalla einen arroganten Auftritt vor.

Die SPD und die Opposition drängen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angesichts der neusten Enthüllungen in der NSA-Affäre, mehr für die Aufklärung zu tun. Die jüngsten Enthüllungen seien wohl nur die Spitze des Eisbergs, sagte Flisek nach der Sitzung. Renner meinte, angesichts der in Rede stehenden Ausspähung ganzer Ministerien sei es deutlich zu vage, "was die Bundesregierung im Augenblick an Konsequenzen an den Tag legt". Grünen-Obmann Konstantin von Notz warf der Regierung und speziell Kanzlerin Merkel vor, Aufklärung zu sabotieren.

Indes geht auch der "Spiegel" davon aus, von US-Geheimdiensten abgehört worden zu sein, und hat Strafanzeige erstatet. Das Magazin beruft sich auf Vorgänge aus dem Jahr 2011: Damals habe die CIA-Spitze den Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt Günter Heiß, vor angeblichen Kontakten des Magazins in deutsche Regierungsstellen gewarnt. Konkret sei Heiß-Stellvertreter Hans Josef Vorbeck verdächtigt worden, seine angebliche Kontakte zum "Spiegel" würden in einem geheimen Vermerk des Kanzleramts ausdrücklich erwähnt, schreibt das Magazin in seiner Onlineausgabe. Vorbeck sei kurz darauf veretzt worden.

"Wie hätte man denn in Verhandlungen eintreten können, wenn es kein Angebot gegeben hätte?" Ronald Pofalla, Ex-Kanzleramtschef